



Herrn 1. Bürgermeister
Leonhard Spitzauer
Rathaus Vaterstetten
Wendelsteinstraße 7

85591 Vaterstetten

5. Juli 2020

Gemeinsamer Antrag der Fraktionen von CSU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, SPD, Freie Wähler und FDP zum Raumordnungsverfahren Zulaufstrecke Brenner Basistunnel.

Sehr geehrter Herr Bürgermeister, lieber Leo,

bitte setzen Sie folgenden Antrag auf die Tagesordnung der kommenden Sitzung des Umwelt- und Mobilitätsausschusses:

Beschlussvorschlag:

Die Gemeinde Vaterstetten fordert die Regierung von Oberbayern auf, im Rahmen eines neuen, den gesamten Raum Kiefersfelden-Trudering umfassenden Raumordnungsverfahrens zu berücksichtigen und zu gewährleisten, dass

- **auf den besonderen S-Bahngleisen kein Mischverkehr fahren darf, um die damit einhergehende Verschlechterung der Pünktlichkeit und Attraktivität des S-Bahn-Verkehrs vollständig und dauerhaft zu verhindern.**
- **der in Landtagsbeschlüssen geforderte übergesetzliche Lärmschutz an der Bestandsstrecke (Lärmschutz wie bei Neubaustrecken) spätestens bis zur Inbetriebnahme von ETCS (European Train Control System) realisiert wird.**
- **stimmige Verkehrsprognosen und NKV (Nutzen-Kosten-Verhältnisse) für den Zeithorizont 2050 für alle Abschnitte der nördlichen Zulaufstrecke München – Rosenheim - Kiefersfelden vorgelegt werden und von der DB Netz AG eine entsprechende Planung für die Gesamtstrecke vorgelegt wird.**

Begründung:

Die Begründung ist weitgehend der Stellungnahme des Aktionskreises Bahnlärm Kirchseeon entnommen, die sich die Gemeinde Vaterstetten zu eigen macht.

Der Beschlussvorschlag entspricht dem Beschluss des ULV-Ausschusses des Landkreises Ebersberg vom 30.06.2020.

Durch die Regierung von Oberbayern wurde am 29.05.2020 ein Raumordnungsverfahren (ROV) für einen Teilabschnitt des Brenner-Nordzulauf zwischen der Gemeinde Tuntenhausen und der Gemeinde Kiefersfelden eingeleitet. Die Regierung von Oberbayern prüft darin die grundsätzliche Raumverträglichkeit der fünf von der DB Netz AG vorgelegten Grobtrassen für zwei zusätzliche Neubaugleise. Betroffene Kommunen, Behörden, Verbände, Organisationen sowie die Öffentlichkeit können hierzu bis zum 24. Juli 2020 Stellung nehmen.

Im ROV wird nur ein Teilabschnitt des Vorhabens Nr. 7, „ABS/NBS München - Rosenheim - Kiefersfelden - Grenze D/A (-Kufstein)“ im vordringlichen Bedarf des Bundesschienenwegeausbaugesetzes (BSchWAG) geprüft (ABS = Ausbaustrecke / NBS = Neubaustrecke).

Für die anderen Teilabschnitte, die „NBS Grafing-Tuntenhausen/Großkarolinenfeld“ sowie der „ABS Trudering-Grafing-Rosenheim-Kiefersfelden“, liegen derzeit nicht einmal Vorplanungen vor. Die Auswirkungen der im ROV geprüften NBS Tuntenhausen-Kiefersfelden sind aber keineswegs auf diesen Teilabschnitt beschränkt. Die zweigleisige Neubaustrecke soll bis in den Landkreis Ebersberg nach Grafing Bhf. fortgeführt werden, mit den fünf vorgelegten Grobtrassen wird bereits ein Präjudiz für den Landkreis Ebersberg geschaffen. Trotz dieser beträchtlichen Auswirkungen und Vorwirkungen des jetzt im ROV geprüften Abschnitts auf den Landkreis Ebersberg und der darin betroffenen Gemeinden findet sich in den ROV-Unterlagen keinerlei Aussagen. Mit dem Bau der in diesem ROV zu prüfenden Neubautrassen werden Fakten und Präjudizien geschaffen, die zu einer massiven Mehrbelastung der Bevölkerung an der Bahnstrecke zwischen Grafing und Trudering führen werden und sich damit auch auf die Gemeinde Vaterstetten auswirken.

Maria Wirnitzer
für die SPD-Fraktion

Benedikt Weber
für die CSU-Fraktion

Axel Weingärtner
Katrin Pumm
für die Fraktion
BÜNDNIS 90 / DIE GRÜNEN

Roland Meier
für die Fraktion Freie Wähler

Klaus Willenberg
für die FDP-Fraktion